

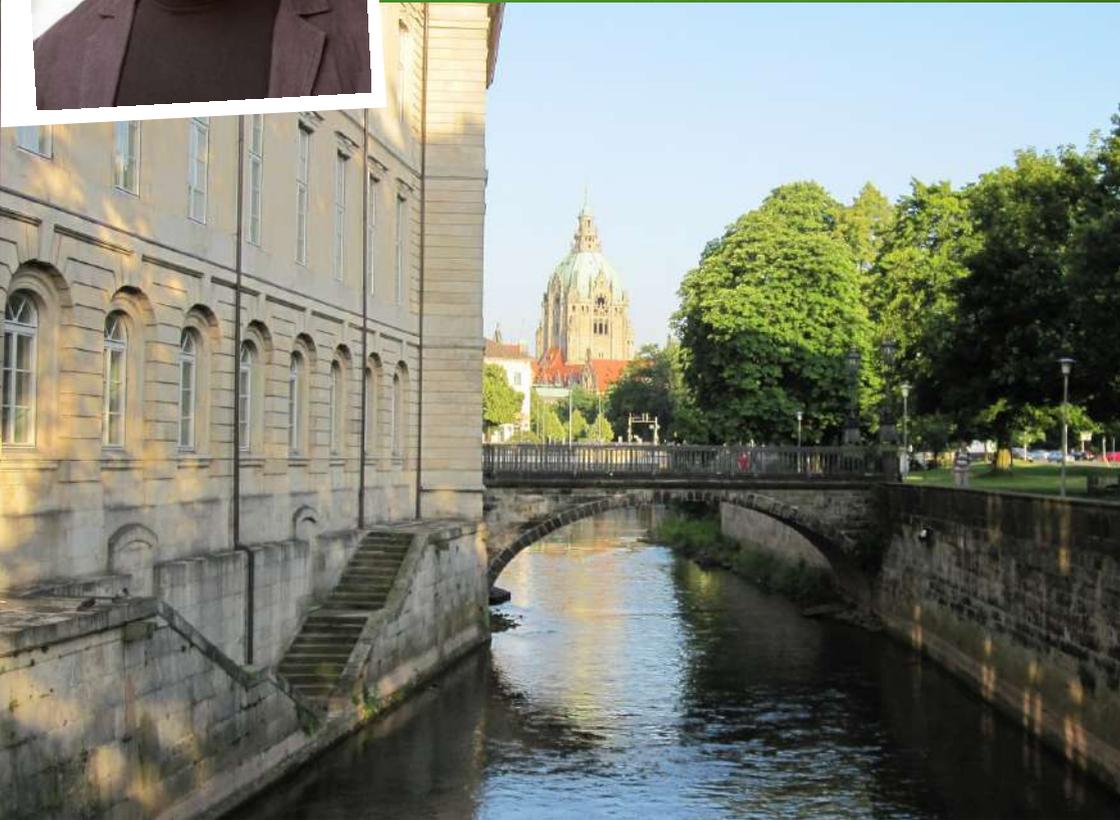
**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Helge Limburg

Newsletter

März - April - Mai 2021



THEMEN

Meine Bundestagskandidatur | Atommüll in Würgassen | Café Berlin | Aus dem Landtag | Klage gegen die Landesregierung | Parlamente in der Pandemie | Zur Lage in Syrien | Impfzentrum Drakenburg | Verfassungsklage Wolf | 1. Mai



Liebe Interessierte!

In meinem letzten Newsletter habe ich von einem Licht am Ende des Tunnels bezogen auf die Coronapandemie gesprochen. Dieses Licht ist angesichts sinkender Infektionszahlen und steigender Impfgeschwindigkeit jetzt noch heller geworden. An dieser Stelle möchte ich die Gelegenheit nutzen, allen in den kommunalen Impfzentren Aktiven ein herzliches „Danke“ zu sagen für die wichtige Arbeit, die sie dort täglich leisten!

Das Jahr 2021 hat aber auch bereits weitere Hoffnungsschimmer gebracht. Die Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz haben deutliche Verluste für die rechtsextreme AfD und Gewinne für uns Grüne gebracht. Die EU konnte sich auf ein Corona-Wiederaufbauprogramm einigen, das uns nicht ausreicht, aber doch deutliche Schritte in Richtung eines ökologisch-sozialen Um- und Aufbaus der Wirtschaft in der EU geht. Daran wollen wir mit unserem

Regierungsprogramm für die Bundestagswahl anknüpfen und Deutschland zum Vorreiter der ökologisch-sozialen Transformation machen! Der Mörder von Walter Lübcke wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt, mehrere rechtsextreme Terrorgruppen aufgedeckt bzw. angeklagt. Und die Zivilgesellschaft ist in vielen Orten in diesem Land jeden Tag gegen Rassismus und Rechtsextremismus aktiv und organisiert immer Gegendemos, wenn Nazis sich auf der Straße zeigen. Diese Zivilgesellschaft braucht unsere Unterstützung und sie darf nicht ihrerseits kriminalisiert und diffamiert werden. Dafür werden wir uns weiterhin stark machen.

Ich hätte nicht erwartet, dass mich die Atompolitik nach dem beschlossenen Atomausstieg und dem Ende des Endlagers Gorleben nochmal so fordern würde. Aber nun wird ein nukleares Logistikzentrum mitten im Weserbergland, im Drei-Länder-Eck zwischen Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen geplant. Dank an die Grünen vor Ort, die BIs und an meine Landtagskolleg*innen Miriam Staudte, Christian Meyer und Karo Otte aus meinem Nachbarbundestagswahlkreis für das gemeinsame Engagement gegen diesen Standort im Hochwassergebiet der Weser!

Die Spargelsaison hat begonnen! Nicht für alle ist das ein Grund zur Freude: Viele Erntehelfer*innen aus Osteuropa schufteten bei uns für klägliche Löhne und leben in beengten Massenunterkünften. Die Coronagefahr ist hoch und tatsächlich gab es bereits mehrere Coronaausbrüche in diesen Unterkünften. Die Landesregierung muss endlich bessere Wohnverhältnisse und mehr Coronaschutz durchsetzen.

Hinter uns liegen ereignisreiche Wochen aber vor uns noch viel mehr. Kommunal- und Bundestagswahlen werden uns viel abverlangen aber wir werden gemeinsam gute Ergebnisse überall erreichen! Ich hätte es ja nie gedacht, aber den Titel „Kanzlerinnenwahlverein“, den die taz uns gegeben hat, verwende ich mittlerweile mit einem Schmunzeln, aber auch mit Stolz und Zuversicht. Gemeinsam werden wir das Jahr 2021 zu einem erfolgreichen machen!

Herzliche Grüße

Helge Limburg

Bundestag

Ich kandidiere!



ICH KANDIDIERE
FÜR DEN BUNDESTAG

BEWERBUNG AUF LISTENPLATZ 8

Am 26. September ist Bundestagswahl und dafür kandidiere ich auf Platz 8 der Niedersächsischen Landesliste!

Ihr kennt mich als leidenschaftlichen Juristen und Rechtspolitiker, dem es immer um das große Ganze und Gemeinsame geht. Ich streite mit Euch für eine weltoffene, an Bürger*innenrechten orientierte wehrhafte Demokratie, gegen Rechtsextremismus und für eine soziale und solidarische (Welt-)Gesellschaft.

Seit 2008 mache ich das als Landtagsabgeordneter hier in Niedersachsen. Davor war ich seit meinem 14. Lebensjahr in der Grünen Jugend Niedersachsen und während meines Studiums als Landessprecher der GJN aktiv.

Wie Ihr wisst, geht es mir in der Politik und im Parlament stets darum, politischen Kontrahent*innen mit rhetorischer Differenziertheit, guten Argumenten und auch direkter, persönlicher Ansprache zu begegnen und von unseren Zielen zu überzeugen. Auf zwischenmenschlicher Ebene ist mir ein nahbarer, fairer und integrativer Stil sehr wichtig, wie ich ihn an Wahlkampfständen wie auch partei- und fraktionsintern pflege (seit 2013 als parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Fraktionsvorsitzender).

Ich setze mich immer dafür ein, verschiedene Auffassungen und Politikstile innerhalb unserer Partei zusammenführen, damit wir gemeinsam als starkes und glaubwürdiges Team agieren. Das hat uns in Niedersachsen sowohl in der rot-grünen Landesregierung als auch jetzt in der Opposition stark gemacht. Wir wollen GEMEINSAM für Veränderungen eintreten. Mit meinen 13 Jahren Erfahrung im Landtag - vor allem aus einer nicht immer einfachen rot-grünen Regierungsbeteiligung - möchte ich mich jetzt mit meinen politischen Inhalten und meinem politischen Stil auf Bundesebene für unsere grünen Ziele einsetzen. Mich motivieren dabei vor allem drei großen Herausforderungen.

- **Die Bedrohung unserer Demokratie(n)**
- **Die Bedeutung der Rechtspolitik für gesellschaftlichen und ökologischen Fortschritt**
- **Parlamentarismus und Pluralismus in Krisenzeiten**

Was das konkret bedeutet, könnt ihr hier in meiner Bewerbung nachlesen.

Vor uns liegt ein wichtiger gemeinsamer Bundestags- und Kommunalwahlkampf. Ich hoffe auf eure Unterstützung bei der LDK zur Landesliste am 29. und 30.5. in Oldenburg (und bei euch zuhause)!



Online-Diskussion

Kein Atommüll nach Würgassen!

In Würgassen ist ein Atommüll-Logistikzentrum in Planung. Dieses Vorhaben ist unverantwortlich und gefährlich. Das Zentrum soll in einem Hochwassergebiet errichtet werden, nahe einer Wohnsiedlung, ganz zu schweigen von der mangelnden Infrastruktur, die den Transport des Atommülls zum Risiko werden lässt.

Mit meinen Kolleg*innen Christian Meyer, Miriam Staudte (beide MdL), Karo Otte (Grüne Bundestagskandidatin der GJN und Direktkandidatin im Wahlkreis Northeim-Einbeck) und vielen anderen haben wir darüber diskutiert, was dieser Plan für Risiken birgt und welche Maßnahmen ergriffen werden müssen.

**KEIN
ATOMMÜLL
NACH
WÜRGASSEN!**

ONLINE-DISKUSSION AM 04. MÄRZ

Online-Diskussion

Antifaschismus und Rechtsextremismus in Niedersachsen

Am 10.3. fand auf Einladung des Hannoveraner Bundestagsabgeordneten Sven-Christian Kindler eine Diskussion mit Kristin Harney von der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Niedersachsen und mir statt. Wir haben uns über die Wichtigkeit von antifaschistischem Engagement ausgetauscht und warum es notwendig ist, sich rechtsextremen Kräften in den Weg zu stellen.

Erst vor kurzem wurde im Landtag darüber diskutiert, was es überhaupt bedeutet, sich als Teil der Antifa zu begreifen. Und wieder mal hat sich gezeigt, wie groß das Unwissen ist und wie wenig die Arbeit von Antifaschist*innen gewürdigt wird. Die CDU hat diese Aktuelle Stunde unter dem Schlagwort "Links-extremismus" ausgerechnet am Tag der Urteilsverkündung gegen den rechtsextremen Mörder des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke angesetzt.

Gleichzeitig erleben wir, was für eine große Gefahr von Rechtsextremen ausgeht, die nicht ausreichend ernst genommen wird.



Aus dem Landtag

- ▶ Rede: Zur Aktuellen Stunde (CDU) zu Rechten für Geimpfte, Genesene und negativ Getestete
- ▶ Rede: Zur Corona-Verordnung (Aktuelle Stunde FDP)



Aus dem Landtag

- ▶ Kleine Anfrage: Kontakte zu Gefangenen per Videokonferenz
- ▶ Kleine Anfrage: Welche Maßnahmen hat das Justizministerium zur wirksamen Bekämpfung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen bereits eingeleitet und welche noch geplant?
- ▶ Kleine Anfrage: Welche Auswirkungen haben die EU-Sanktionen gegen China auf Niedersachsen?
- ▶ Kleine Anfrage: Verfassungswidrigkeit des § 217 StGB (Sterbehilfe) und die Auswirkungen
- ▶ Kleine Anfrage: Situation des Schöffenamtes
- ▶ Kleine Anfrage: Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um eine weitere Verbreitung des Herpesvirus 1 bei Pferden zu unterbinden?



Aus dem Landtag

- ▶ Presse: Innenminister muss rechtsextremen Strukturen in Braunschweig und Südniedersachsen Einhalt gebieten
- ▶ Presse: Wolfsabschüsse sind keine Geheimsache
- ▶ Presse: Linken-Beobachtung durch Verfassungsschutz - Innenminister muss öffentliche Erklärung abgeben
- ▶ Presse: Die Hälfte der Macht für Frauen – Grüner Zukunftstag in diesem Jahr digital
- ▶ Presse: OVG-Beschluss zur Ausgangssperre ist eine krachende Niederlage für die Landesregierung
- ▶ Presse: Grüne schlagen Fünf-Punkte-Plan für gute Kitas auch in Nienburg vor
- ▶ Presse: Zehn Jahre Fukushima - immer noch keine Normalität
- ▶ Presse: Staatsgerichtshof gibt Grünen/FDP-Klage gegen Landesregierung statt
- ▶ Presse: Landesregierung versagt bei der Digitalisierung auf ganzer Linie – Digitaler Rückstand erschwert Kampf gegen Corona
- ▶ Presse: Antisemitische Straftaten müssen in Niedersachsen konsequenter geahndet werden
– Havliza lässt Strategie vermissen für entschiedene Strafverfolgung vermissen



Aus dem Landtag

Erntehelferinnen und Erntehelfer besser schützen – Grüne Abgeordnete fordern Verbesserungen bei Unterbringung, Testung und Impfung

Angesichts der Coronausbrüche auf Obst- und Gemüsehöfen in der Mittelweserregion erneuern mehrere Grüne Abgeordnete aus Bundes- und Landtag ihre Forderung nach schnellen Verbesserungen für diese Menschen. Die Erntehelferinnen und Erntehelfer seien von der Pandemie besonders hart getroffen. Am Anfang der Pandemie waren sie von Einreiseverbot betroffen und durften nicht nach Deutschland kommen, nun verweigere sich die Landesregierung der Forderung, hier einen konsequenten Gesundheitsschutz für sie zu gewährleisten. Das ist umso skandalöser, als die ErntehelferInnen nach wie vor ohne Krankenversicherungsschutz auf unseren Felder arbeiten, weil die große Koalition eine entsprechende Regelung erst ins nächste Jahr vertagt hat. „Um die Ausbreitung der Covid-19-Infektion unter Erntehelferinnen und Erntehelfer zu bremsen, muss die Landesregierung dafür sorgen, dass diese Menschen verpflichtend in Einzelzimmern untergebracht werden“, erklärte die agrarpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Miriam Staudte. Sie kündigte eine entsprechende Initiative der Grünen Landtagsfraktion noch in dieser Woche an. „Dank der Knochenarbeit, die diese Menschen Tag für Tag leisten, wurden alleine 2019 bundesweit über 130.000 Tonnen Spargel im Wert von ca. 845 Millionen geerntet. Da muss uns ihr Gesundheitsschutz mehr wert sein als derzeit“, so Staudte weiter.

Hier geht es zur ganzen Pressemitteilung.



Staatsgerichtshof Bückeburg

Erfolg vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof

Im Streit um die Vorbereitung von Corona-Maßnahmen hat der Niedersächsische Staatsgerichtshof Bückeburg am Dienstag (9. März) der Verfassungsklage von Grünen und FDP gegen die Landesregierung auf vollständige und frühzeitige Unterrichtung des Landtags stattgegeben. Als Prozessvertreter meiner Fraktion freut mich dieses Ergebnis sehr. Das Gericht stellte fest, dass die Landesregierung entsprechend der Niedersächsischen Verfassung das Parlament nicht nach Gutdünken über wichtige Vorhaben wie Corona-Verordnungen informieren kann. Erstmals hat damit ein Verfassungsgericht in der Corona-Pandemie in Deutschland klargestellt, dass auch in Krisenzeiten Regierungen nicht ohne weiteres Verfassungsrechte außer Kraft setzen und bei wichtigen Entscheidungen deshalb nicht am Parlament vorbei handeln können. Die Landesregierung hatte immer wieder erklärt, sie könne das frei entscheiden und hatte sich anfangs komplett geweigert, den Landtag vorab zu informieren. Die Grünen fordern die Regierung von Ministerpräsident Stephan Weil nun auf, als Konsequenz aus der Entscheidung künftig den Landtag ebenso wie die Verbände und Interessengruppen der Betroffenen frühzeitig in die Vorbereitung von Corona-Maßnahmen einzubeziehen.



Online-Diskussion

Parlamente in der Pandemie: Wird aus einer Gesundheitskrise eine Krise des Parlamentarismus?

Am 12. März habe ich mit Katja Keul (MdB, rechtspolitische Sprecherin), Prof. Dr. Frauke Brosius Gersdorf, LL.M. (Leibniz Universität Hannover), Evrim Camuz und vielen anderen über das Thema "Parlamente in der Pandemie: Wird aus einer Gesundheitskrise eine Krise des Parlamentarismus?" diskutiert. Anlass für die Veranstaltung war u.a. unsere Klage gegen die Landesregierung, da diese der Unterrichtungspflicht gegenüber dem Parlament nicht nachgekommen ist. Uns wurde in allen Punkten Recht gegeben. Ein starkes Signal für die Rolle von Parlamenten in der Pandemie und darüber hinaus!

Was hat sich seit Beginn der Pandemie im Bereich parlamentarischer Rechte getan? Was ist verfassungsrechtlich geboten, welche weitergehenden Forderungen gibt es? Und was folgt aus dem Urteilsspruch aus Bückeburg? Diese und noch mehr Fragen wurden an dem Abend besprochen.



EINE ONLINE-DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

DIE ROLLE DER PARLAMENTE IN DER PANDEMIE

12. MÄRZ 2021 // 18 - 20 UHR

RECHTSPOLITISCHE SPRECHERIN DER BUNDESTAGSFRAKTION
MDB KATJA KEUL

PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER
MDL HELGE LIMBURG

PROF. DR. LL.M. LEIBNIZ UNIVERSITÄT HANNOVER
FRAUKE BROSIOUS-GERSDORF

MODERATION
EVIRIM CAMUZ






Online-Diskussion

Syrien: Zwischen humanitärer Katastrophe, internationaler Gerechtigkeit & Zukunftsperspektiven

Der 15. März ist ein schmerzhafter Jahrestag. 10 Jahre sind nach den ersten Demonstrationen gegen das Regime von Bashar al-Assad ins Land gegangen. Für Hunderttausende von Opfern und Flüchtlingen dokumentieren unzählige Berichte über Demütigungen, Gewalt, Folter und Mord und die damit verbundene Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit des Regimes. Die wirtschaftliche und humanitäre Lage ist desaströs. Die internationale Diplomatie gibt nicht auf und hat Ende März in Brüssel die fünfte Geberkonferenz für Syrien ausgerichtet, um die Situation der Flüchtlinge zumindest teilweise zu lindern. Ende Januar endete aber auch die fünfte Runde der Genfer Gespräche zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung für das Land ergebnislos.

Es ist wichtig, Syrien wieder in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und konkrete Lösungen für die aktuelle Situation, insbesondere für die Menschen und die Entwicklung im Land, zu diskutieren. Um diese Asoekte hat sich das Gespräch mit Katrin Langensiepen (MdEP, Mitglied im Außenausschuss und zuständig für Syrien), Antonia Klein (Legal Advisor für Völkerstraftaten und rechtliche Verantwortung beim ECCHR), Sara Kayyali (Human Rights Watch, Syrien-Forscherin) und Hannah El-Hitami (freie Journalisten mit Schwerpunkt auf den arabischen Raum) gedreht.

ONLINE-DISKUSSION

KATRIN LANGENSIEPEN
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS



HANNAH EL-HITAMI
FREIE JOURNALISTIN



SARA KAYYALI
FORSCHERIN, HRW



HELGE LIMBURG
MITGLIED DES NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGS



ANTONIA KLEIN
RECHTSANWÄLTIN, ECCHR



SYRIEN
ZWISCHEN
HUMANITÄRER KATASTROPHE,
INTERNATIONALER JUSTIZ
UND ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

25.03.2021 - 19:00 UHR



Corona & Co.

Besuch im Impfzentrum Drakenburg



Ich hatte die Möglichkeit, mich in Drakenburg (Landkreis Nienburg) einmal selbst davon zu überzeugen, wie sich die Arbeit in einem Impfzentrum gestaltet. Bis zu 2700 Impfdosen werden hier pro Woche verwendet. Großen Anteil am reibungslosen Ablauf haben die vier Rettungsdienste, die hier Außergewöhnliches leisten und jederzeit bereit stehen. Das ist nicht selbstverständlich und ich bin dankbar für ihren Einsatz. Herr Hoffmann - als zuständiger Dezernent - machte auch darauf aufmerksam, dass er sich eine Beteiligung der Hausärzt*innen schon viel früher gewünscht hätte. Auch die Kommunikationswege zwischen dem Impfzentrum und der Landeshauptstadt seien unnötig kompliziert. Klar ist: In den Impfzentren wird zurzeit eine enorm wichtige Arbeit geleistet und wir müssen alles in die Wege leiten, um ihnen diese Arbeit zu erleichtern!

Klage

Verfassungsklage Wolf

Julia Willie Hamburg, Christian Meyer und ich werden gemeinsam eine Verfassungsklage vor dem Niedersächsischen Staatsgerichtshof einreichen. Wieder einmal verweigert die Landesregierung dem Parlament und der Öffentlichkeit gegenüber Auskünfte. Dieses Mal steht der Wolf dabei im Fokus. Zuletzt wurde fälschlicherweise nicht das gesuchte Tier abgeschossen, sondern ein Jungtier.

Sowohl der Artenschutz als auch Sorgen vor Schäden durch einzelne problematische Wölfe müssen ernst genommen werden. Gelingen kann das aber nur, wenn das Handeln der Landesregierung transparent und überprüfbar bleibt.



1. Mai

Heraus zum 1. Mai!



Solidarität ist Zukunft! Am 1. Mai war Tag der Arbeit und die Pandemie hat gezeigt, dass die Rechte von Arbeitnehmer*innen und gut aufgestellte Gewerkschaften wichtiger sind denn je! Solidarität, eine bessere Bezahlung, Klimaschutz und faire Mieten sind notwendig für eine gerechte Gesellschaft.



Regionalbüro Nienburg

Habt ihr vor Ort ein Anliegen? In meinem Wahlkreis steht mein Mitarbeiter Ralf Bürmann für euch zur Verfügung: wk.limburg@gltn.de

Bei Fragen oder Anmerkungen zum Newsletter meldet euch gern bei:
newsletter.limburg@lt.niedersachsen.de

Landtagsbüro Hannover

Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover

0511 3030-3305

0511 3030-993305

Bei Fragen und Anmerkungen zu meiner Arbeit wendet euch gern direkt an mich oder an meine Büroleiterin:
helge.limburg@lt.niedersachsen.de /
lilit.baghdasaryan@lt.niedersachsen.de

Social-Media

Twitter



Facebook



Instagram



www.helge-limburg.de



www.fraktion.gruene-niedersachsen.de